

Ins Abseits geschossen

Die moderaten Lohnabschlüsse führen zu Kaufkraftverlust

Das Statistische Bundesamt hat für den September 2021 eine Steigerung des Verbraucherpreisindex um 4,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat gemeldet und damit den höchsten Wert seit 1993 markiert. Verantwortlich dafür sind vor allem die Erhöhungen der Energie- und Lebensmittelpreise.

Den Gewerkschaften ist ihre moderate Lohnpolitik nun auf die Füße gefallen. In den vergangenen 20 Jahren haben die Tarifabschlüsse zu keinen Reallohnsteigerungen geführt, bei den nicht tarifgebundenen Unternehmen und prekär Beschäftigten sogar zu massiven Lohnneinbußen geführt, die mit staatlichen Mitteln aufgestockt werden müssen und die Menschen trotz alledem nicht vor Armut schützen.

Im Folgenden wird die Komplexität gewerkschaftlicher Lohnpolitik beschrieben, die sich nicht damit begnügen sollte, sich an dem Verbraucherpreisindex zu orientieren und den Unternehmen die hohen Exporterlöse zu garantieren.

Das soziale Sicherungssystem ist in Deutschland auf die Lohnarbeit ausgerichtet, egal ob HARTZ-IV-Regelbedarfe mit ihrem Lohnabstandsgebot, die Höhe von Alters- oder Erwerbsminderungsrente, Kurzarbeiter-, Insolvenz-, Kranken- oder Arbeitslosengeld – alles richtet sich nach dem Arbeitsentgelt, den Löhnen aus den sozialversicherungspflichtigen abhängigen Arbeitsverhältnissen.

Wenn aber oben auf der politischen Agenda seit 30 Jahren der Ausbau des Niedriglohnssektors steht und die Reallöhne kontinuierlich gesunken sind, darf man sich nicht wundern, wenn auch

die an die Löhne gebundenen Sozialleistungen zu niedrig sind.

In der derzeitigen Krise wird der Ruf nach höheren Sozialleistungen als Einmalzahlung oder als zeitlich begrenzte regelmäßige Zahlung wieder lauter, ebenso die Forderung nach einer zurückhaltenden Lohnforderung an die Gewerkschaften – paradox: eigentlich zwei sich gegenseitig ausschließende Sachverhalte.

Reallöhne fielen dramatisch

Im 2. Quartal 2020 gab es bei den Reallöhnen ein Minus von 4,7 Prozent, im 3. Quartal von 1,3 Prozent und im 4. Quartal ein minimales Plus von 0,4 Prozent. Im 1. Quartal 2021 waren es minus 2 Prozent und im 2. Quartal ein Plus von 3 Prozent. Dieses Plus geht aber von den mit der Pandemie und den Krisenmaßnahmen extrem gesunkenen Löhnen aus. Das bedeutet, dass die Löhne immer noch weit unter dem Vorkrisenniveau liegen; aktuell noch bei einem Minus von über 5 Prozent.

Mit rund 5 Prozent weniger Realeinkommen für Millionen Menschen und zeitgleich deutlich über 4 Prozent Inflation sinkt das Einkommensniveau um fast 10 Prozent.

Tariferhöhungen im Minibereich

Während der tiefen Krise und mit Corona als Brandbeschleuniger haben sich viele Gewerkschaften völlig zurückhaltend gezeigt. So gab es kaum Arbeitskämpfe und durchweg niedrige Tarifabschlüsse. Die folgende Auswahl zeigt die Erhöhung brutto auf, die netto also noch geringer ist:

- Pflegebereich ab 1.4.21: Erhö-

hung von 1,4 Prozent

- Öffentlicher Dienst/ Gemeinden ab 1.4.21: Erhöhung von 1,4 Prozent
- Baugewerbe ab 1.1.21: Erhöhung von 2,1 Prozent
- Chemie ab 1.7.21: Erhöhung von 1,3 Prozent
- Druck ab 1.8.21: Erhöhung von 1 Prozent

Und die kürzlich mit massiven Streiks durchgesetzten Lohnerhöhungen bei dem Arbeitskampf der GDL von rund 3,3 Prozent (1,5 Prozent im Dezember 2021 und 1,8 Prozent im März 2022) liegen deutlich unter der Inflationsrate.

Nach den bis jetzt vorliegenden Tarifabschlüssen schätzt der Informationsdienst Wissenschaft die Erhöhungen 2021 auf durchschnittlich 1,6 Prozent brutto.

Ein effektives Gegensteuern der Gewerkschaften verhindern die sehr langen Laufzeiten, z.B. bei der IG Metall gilt der Abschluss für Metall und Elektro bis zum 30.9.22 und in anderen Bereichen gibt es Abschlüsse sogar bis 2023.

Gewerkschaftliche Lohnpolitik ist mehr, als um ein paar Prozentpunkte zu kämpfen.

Vielen an den Verhandlungen beteiligten Beschäftigtenvertreter_innen ist die Wichtigkeit der Lohnpolitik kaum bewusst. Der Lohnentwicklung kommt eine große gesamtwirtschaftliche und -gesellschaftliche Bedeutung zu, sie kann z.B. solche Auswirkungen entfachen:

- Löhne bzw. Entgelte sind der größte Kostenfaktor für die Unternehmen, deshalb hat die Auseinandersetzung um sie immer einen besonderen Stellenwert für die Gewerkschaftsbewegung. Lohn- und

Entgelterhöhungen steigern die Konsumnachfrage, stabilisieren damit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und tragen so zur Sicherung der Arbeitsplätze bei, ohne dass von der Lohnseite inflationstreibende Effekte ausgehen.

- Wenn die Einkommen durch höhere Tarifabschlüsse steigen, schlägt sich das auch bei den Renten nieder. Entscheidend für die Rentenberechnung ist die Entwicklung der Bruttolöhne. Der Rentenwert ergibt sich aus den Bruttolöhnen des Vorjahres. Steigen diese an, wird auch dieser Wert angehoben.
- Lohndumping der letzten Jahre bei uns mit seinen geringen Lohnstückkosten ist eine der wichtigsten Ursachen für die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse, für das Auseinanderlaufen der Wettbewerbsfähigkeit der Mitglieder der Europäischen Währungsunion

delsüberschüsse oder -defizite gibt. Auch der europäische und weltweite Markt funktioniert so: Wächst eine Volkswirtschaft, so muss eine andere naturgemäß schwächer werden. Das Vermögen der einen sind die Schulden der anderen.

- Das Märchen von der Lohnentwicklung, die von den Tarifparteien ausgehandelt wird, wird zwar immer wieder erzählt, dadurch aber nicht zutreffender. Lohnpolitik ist abhängig von der Wirtschaftspolitik der Regierung, was seit der Agenda 2010 und der Hartz -Gesetze einfach zu belegen ist.
- Kaum jemand weiß, dass der Hartz IV-Satz den Freibetrag aller Einkommensteuerzahler_innen bestimmt (2021 beträgt dieser 9.744 Euro im Jahr). Das heißt, je geringer die Steigerung des Hartz IV-Satzes ausfällt, desto mehr Steuern fallen für die Beschäftigten an.

mit der Folge, dass die Preise bis zum Sommer 2021 bei uns nicht anstiegen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbesserte sich um fast 25 Prozent. In Südeuropa stiegen die Preise enorm an, die Waren und Dienstleistungen verteuerten sich gegenüber dem Ausland immens – mit den bekannten Folgen.

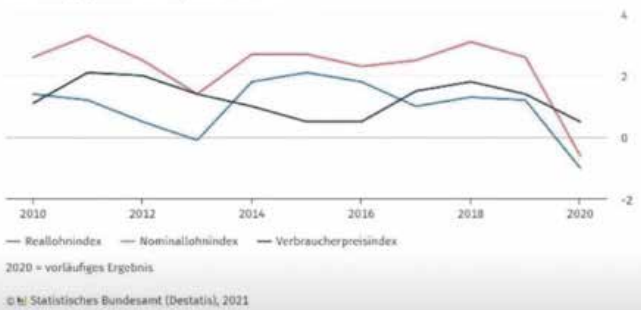
- Die Lohnentwicklung hat maßgeblich zur Verarmung beigetragen, mit Auswirkungen bis in die sogenannten Mittelschichten hinein.
- Die Umverteilung von unten nach oben ist als Ursache für die wirtschafts- und finanzpolitische Krise seit nunmehr 12 Jahren zu sehen. Die wachsende Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen hat nachweislich zur Destabilisierung des gesamten Finanzsystems beigetragen.

Den Gewerkschaften sollte das Lob der organisierten Unternehmenschaft im Ohr klingeln, das nach den Tarifabschlüssen der letzten Jahre erklang. Übersetzt lautet der Singsang, dass die Belastungen der Unternehmen deutlich unter denen der Vorjahre liegen, dass die Laufzeiten deutlich länger sind und dass den Unternehmen die Möglichkeit gegeben wird, Teile des Abschlusses differenziert anzuwenden.

Die „Niedriglöhner_innen, Aufstocker_innen und prekär Beschäftigte“ – oder wie die von Armut und Überschuldung bedrohten Menschen auch immer genannt werden – können sich von dem Lob der Unternehmer_innen und vom Stolz der gewerkschaftlichen Verhandlungsführer_innen nichts kaufen und die Tarifbeschäftigten von dem Plus von real 1,1 Prozent auch nicht viel mehr.

LAURENZ NURK
Gewerkschaftsforum.de
vom 14.11.2021 vor dem
Tarifabschluss der TVL am 29.11.

Entwicklung der Reallohne, der Nominallohne und der Verbraucherpreise
Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %



(EWU), für die Handelsungleichgewichte und somit eine Hauptursache der Eurokrise.

- Die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung ist verantwortlich für das Außenhandelsgleichgewicht, ob mehr importiert als exportiert wird. Wenn der meiste Handel auch noch mit Ländern im gleichen Währungsraum stattfindet, sind die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten im Vergleich zu denen der Währungspartnerländer der wichtigste verbleibende Faktor dafür, ob es Han-

- Die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung hat einen besonderen Einfluss auf die Entwicklung der Preise, weil die Vorleistungen, die die Industrie neben dem Faktor Arbeit zur Produktion benötigt, auch von den anfallenden Kosten bestimmt werden. Diese Vorleistungen bestehen gesamtwirtschaftlich betrachtet vor allem aus Lohnkosten.
- Seitdem der Euro eingeführt wurde, blieben die Löhne in Deutschland bzw. Lohnstückkosten auf niedrigem Niveau,